

Fakten statt Stimmungsmache: „Mainzer Studie“ zur Herzinsuffizienz ist keine belastbare Grundlage für politische Entscheidungen

Pressemitteilung: Borchener CDU und Grüne werben für wissenschaftliche Seriosität und eine sachliche Windkraft-Debatte

Mit Sorge beobachten die Borchener CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die zunehmende politische Vereinnahmung der sogenannten „Mainzer Studie“ im Zusammenhang mit dem „Stockum-Verfahren“, einem immisionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen und der Debatte um Windenergie im Kreis Paderborn.

Der inzwischen vielfach zitierte Beitrag der Autoren Vahl und Dietz (Vahl/Dietz, Nr. P-15-07) ist ein sogenanntes Kongressposter, also eine vorläufige Zusammenfassung von Forschungsergebnissen, die nicht peer-reviewt ist und damit keinen wissenschaftlichen Konsens darstellt. Solche Poster dienen der Diskussion auf Fachkongressen, nicht als Grundlage für politische Entscheidungen.

Der uns vorliegende Faktencheck macht deutlich: Die Vorstudie erfüllt zentrale wissenschaftliche Standards nicht. So fehlt etwa eine Kontrolle für Störfaktoren wie COVID-19-Folgen, regionale Unterschiede im Diagnoseverhalten oder soziale Rahmenbedingungen. Zudem basieren die Schlussfolgerungen auf anonymisierten Abrechnungsdaten ohne direkte medizinische Untersuchungen oder Infraschallmessungen, die eine methodische Lücke und eine kausale Zuordnung unmöglich macht. Gleichzeitig beziehen sich die behaupteten Auffälligkeiten auf den zeitgleichen Zeitraum der Corona-Pandemie und den bekannten Post-COVID-Auswirkungen auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Demgegenüber zeigen peer-reviewte internationale Studien mit Hunderttausenden Datensätzen, Doppelblind-designs und Untersuchungen von Fachbehörden wie Umweltbundesamt, WHO und mehreren Landesbehörden übereinstimmend: Es gibt keine belastbare Evidenz für gesundheitliche Schäden durch Infraschall von Windenergieanlagen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle.

Besonders irritierend ist, dass Vertreter sowohl der SPD als auch der AfD im Verein „Vernunftkraft NRW e.V.“ engagiert sind und in der Borchener Windkraft-Debatte teilweise nahezu wortgleiche Argumentationsmuster nutzen. Dies wirft Fragen nach der Objektivität und Unabhängigkeit der eigenen Position auf.

Umso kritischer sehen CDU und GRÜNE den medienwirksamen Versuch, trotz Kenntnis der erheblichen methodischen Schwächen dieser Veröffentlichung politischen Druck auf laufende Genehmigungs- und Abwägungsverfahren auszuüben. Wer aus einem wissenschaftlich noch nicht belastbaren Poster pauschale Gesundheitsgefahren ableitet, verlässt den Boden einer sachorientierten Debatte und bewegt sich damit im Bereich unbelegter Behauptungen.

Selbstverständlich nehmen wir Sorgen und Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern ernst, gerade deshalb setzen wir auf wissenschaftlich fundierte Studien und rechtsstaatliche Verfahren. Nur so lassen sich konkrete Belastungen, z. B. durch hörbaren Lärm oder langjährige Konflikte, sachlich prüfen. Genehmigungsbehörden, Grenzwerte und unabhängige Gutachten sind für uns die verlässliche Grundlage für kommunalpolitisches Handeln.

Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik als Ausdruck einer wertebasierten Demokratie braucht belastbare Fakten, Augenmaß und wissenschaftliche Seriosität. Polemisch angelegte Kampagnen sind nicht hilfreich, sie schüren subtile Ängste und schaden dem Vertrauen.